



Protokoll der 35. Sitzung des Landes-Teilhabebeirats am 10. November 2022

Dauer und Ort: 14:00 - 17:35 Uhr, Kwadrat

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 2: Protokoll vom 22. September 2022

Das Protokoll der vergangenen Sitzung wird genehmigt.

TOP 3: Vorstellung des Entwurfs des künftigen Landesaktionsplans durch den Senat

Der Vorsitzende hat folgende allgemeine Kritikpunkte: Eine wichtige Anforderung der Monitoring-Stelle war, dass alle Maßnahmen und der Plan selbst SMART sein sollen (überprüfbar und unter Nennung der Zuständigkeiten). Das ist nicht in allen Maßnahmen eingehalten worden und sollte noch überarbeitet werden. Auch besteht noch Verbesserungsbedarf bei dem Ressortübergreifenden Arbeiten. Im der Umsetzungsbegleitung wird der Focal Point weiter als Steuerungsstelle arbeiten, innerhalb der einzelnen Ressorts soll es Anlaufstellen mit Berichtspflicht an den Senat geben.

Ein generelles Problem ist auch die ungesicherte Finanzierung. Alle Maßnahmen stehen unter Ressourcenvorbehalt. Sie werden für den Haushalt angemeldet, aber es besteht daher noch keine sichere Finanzierung. Der Vorsitzende sieht hierin eine verpasste Chance, die Behindertenpolitik entscheidend voranzutreiben.

Bedauerlich ist auch, dass nicht aus dem Plan hervorgeht, welche Maßnahmenvorschläge aus der Zivilbevölkerung aufgenommen wurden und welche nicht. Das wäre eine wichtige Rückmeldung an alle, die am Fortschreibungsprozess beteiligt waren.

Auch aus den Reihen der Mitglieder werden allgemeine Kritikpunkte am Entwurf des zukünftigen Aktionsplans geäußert: An einigen Stellen greift der Plan insgesamt zu kurz und wiederholt nur gesetzliche oder vertragliche Aufträge. Er scheint auch teilweise an bestehenden Problemen vorbeizugehen. Hier hätte man sich mehr Lösungsansätze im Plan erhofft. Um die Maßnahmen smarter zu machen, wäre es wichtig, konkrete Start- und Endzeitpunkte von Maßnahmen zu nennen und bei Konzepten zu erwähnen, wer für die Erarbeitung verantwortlich ist.

Ein struktureller Kritikpunkt ist die undurchsichtige Trennung zwischen Bremen und Bremerhaven. Bei dem Aktionsplan handelt es sich um einen Landesplan. Häufig wird allerdings nur von Bremen gesprochen und Bremerhaven nicht erwähnt. Als Teil des Landes müssen Bremerhaven und seine besonderen Bedürfnisse jedoch immer mitgedacht werden.

Der Beirat will die Kritikpunkte sammeln und dem Senat übergeben. Eigentlich sollte der Plan bis Mitte Dezember verabschiedet werden. Es soll aber die Möglichkeit eingeräumt werden, die Kritikpunkte anzubringen. Daher kann die Verabschiedung des Plans spätestens bis ins erste Quartal 2023 verschoben werden.

Der Senat stellt den Entwurf des zukünftigen Landesaktionsplans vor.

Vorrangig geht es dabei um folgende Bereiche:

Querschnitts- sowie Sonderthemen

- Eine Maßnahme zur Schaffung einer Fachstelle Behinderung und Migration unabhängig von der Verwaltung.
- Der Senat will 2023 einen Hitzeaktionsplan erstellen. Es soll sichergestellt werden, dass auch die Belange behinderter Menschen in diesem Aktionsplan berücksichtigt werden.
- Dieses Handlungsfeld enthält kaum konkrete Maßnahmenvorschläge. Auch der Umgang mit behinderten Menschen in Krisen müsste genauer dargestellt werden. In Krisenstäben müssen immer auch behinderte Menschen vertreten sein, um sicherzustellen, dass auch in Krisen behinderte Menschen mitgedacht werden.

Information, Kommunikation und politische Beteiligung

- Idee eines „Zentrums für barrierefreie Kommunikation und Beteiligung“ ist ein entscheidender Schritt. Der Fokus sollte jedoch mehr auf Beteiligungsverfahren liegen und darauf, wie die Beteiligung aussehen kann, und weniger auf technischen Fragen. Wichtig ist auch eine Verzahnung mit dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit.
- Die Maßnahmen zu Schulungen und Fortbildungen auch auf Polizei und Feuerwehr ausweiten.
- Die Maßnahmen zur Sensibilisierung zu Diversity sollten noch mehr zu behindertenspezifischen Themen konkretisiert werden.
- Alle Maßnahmen sollten noch einmal überarbeitet und zusammengefasst oder in den Text überführt werden zum Abbau des Ungleichgewichts an Maßnahmen zugunsten des Handlungsfeldes Information, Kommunikation und politische Beteiligung.

Gesundheit und Pflege

- Psychische Gesundheit muss als ein Querschnittsthema wahrgenommen werden, das die gesamte Gesellschaft betrifft. Hinsichtlich der Neufassung des PsychKG lässt sich die Frage stellen, inwieweit der Maßregelvollzug weiterhin in dem genannten Gesetz geregelt oder ein eigenes Gesetz erhalten soll.
- In der psychotherapeutischen Behandlung, in der Kliniksituation oder beim Krisendienst sind die Behandelnden mit Menschen mit Doppeldiagnosen häufig überfordert. Es gibt eine Liste, welche psychotherapeutischen Einrichtungen führt, die auch für Menschen mit Doppeldiagnosen zur Verfügung stehen. Die Nutzung des Krisendienstes und der Behandlungszentren steht Menschen mit Doppeldiagnosen aber bislang nicht offen. Das Thema Krisenversorgung von Menschen mit Doppeldiagnose bedarf mehr Aufmerksamkeit.
- Eine Maßnahme für einen eigenen Krisendienst für Bremerhaven.

- Eine Maßnahme zu einer bedarfsgerechten Ausstattung und Absicherung des Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Behinderung.
- Weiterentwicklung der barrierefreien gynäkologischen Praxis in Bremen und Ausweitung des Konzepts nach Bremerhaven.

Persönlichkeitsrechte

- Vergleichbar zum Ehrenkodex für sexualisierte Gewalt könnte ein Ehrenkodex für behinderte Menschen eine Voraussetzung für Trainer:innen sein
- Zusätzlich zum Informationsflyer über das Angebot der psychosozialen Prozessbegleitung in Leichter Sprache wäre es auch hilfreich, einen persönlichen Kontakt zwischen den Angebots-trägern und der Justiz herzustellen.
- Die Gewaltschutzkonzepte könnten auch auf den Bereich der Pflege ausgedehnt werden. Viele Ideen sind allerdings recht Frauen- und Mädchenspezifisch. Es bräuchte mehr spezielle Konzepte, um auch behinderte Männer zu schützen.
- Eine Maßnahme für Schulungen von Mitarbeiter:innen des Jugendamts zu der Situation und den Bedürfnissen behinderter Eltern.
- Die Monitoring-Stelle hatte die Maßnahme zu Bildungsangeboten für Mitarbeiter:innen der Gerichte zur UN-BRK grundsätzlich positiv bewertet. Hier sollte überlegt werden, wie eine Handreichung entwickelt werden kann, die darüber hinausgeht, nur einzelne Artikel vorzu-stellen.

Mobilität, Bauen, selbstbestimmte Lebensführung

- Maßnahme zur dauerhaften Sicherstellung und Finanzierung des Beauftragten für bauliche Barrierefreiheit
- Für Bremerhaven muss das Thema R-Wohnungen umfänglich bearbeitet werden
- Maßnahme 6 sollte dahingehend verändert werden, dass nicht die Beamt:innen sensibilisiert werden, sondern die Kontrolldichte und Intensität erhöht werden müssen. Durch Sondernut-zungen werden außerdem mehr Barrieren geschaffen als abgebaut.
- Maßnahme zu Erstellung eines Katasters über Barrieren im Bestand - nicht nur im öffentli-chen Bereich, sondern in Zukunft auch für den privaten Bereich.
- Zu den kommenden Wahlen muss ein barrierefreier Zugang zu Wahllokalen sichergestellt werden.

Die Sitzung wird um 17:35 Uhr beendet.